

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2,75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mk., für 1 Monat 3.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13008.

Inseratenpreise: Die 7spaltige Petitzeile 1,25 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile mit Plagvorschrift 1,50 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile Familiennachrichten 1,10 Mk. Die Reklame-Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Unternehmer und Betriebsrätegesetz.

### Unternehmeraktion gegen das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Obgleich das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Gestalt den Wünschen der Unternehmer weit entgegenkommt, sind sie damit nicht zufrieden. In welcher Weise sie sich gerüstet haben, den Kampf dagegen aufzunehmen, beweist ein vertrauliches Rundschreiben vom 13. Dezember vorigen Jahres, unterzeichnet von einer Reihe der größten Metallindustriellen, wie Vörla u. a., das die Freiheit zu veröffentlichen in der Lage ist. Nachdem zunächst über die Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz berichtet wird, heißt es dann weiter:

„Damit ist die Frage aufgeworfen, ob die Industriellen sich mit den gleichen Mitteln, mit denen sie von ihren politischen Gegnern angegriffen werden, verteidigen und selbst vor einer Stilllegung ihrer Betriebe nicht zurückschrecken sollen, wenn auf andre Weise die Wirtschaftsorganisation während Uebergangszeit nicht abgewendet werden können. Zur Klärung dieser Frage bitten wir um Stellungnahme zu folgenden Punkten:

1. Wie denken die Firmeneinhaber ihres Bezirks über die Anwendung der Stilllegung als äußerstes Verteidigungsmittel?
2. Sollen Sie eine einheitliche Stilllegung für durchführbar?
3. Wie kann die Einmütigkeit der Industrie gegen Außenleiter erzwingen werden?

Da die Entscheidung über das Betriebsrätegesetz wegen der Weihnachtstagen hinausgezogen ist, bleibt für jeden einzelnen Firmeneinhaber noch Zeit und Gelegenheit, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf seine Partei und auf den Abgeordneten seines Wahlkreises einzuwirken, um ihnen die Folgen vor Augen zu halten, die die Verabschiedung des Gesetzes in seiner vorliegenden Fassung nicht allein für die Wirtschaft, sondern auch für den Bestand der politischen Parteien, welche die Verantwortung für dieses Gesetz zu tragen haben, haben muß.

Wir bitten Sie, die Mith eines Briefes oder einer persönlichen Rücksprache mit bekannten Abgeordneten im allgemeinen Interesse nicht zu scheuen und der Firma K. Vörla, Berlin-Tegel, von dem Ergebnis Ihrer Schritte Mitteilung zu machen.“

Die Freiheit bemerkt dazu: „Obwohl die Unternehmer wissen, daß das Betriebsrätegesetz gegenüber den Rechten, die die Arbeiterklasse bereits jetzt in den Betrieben besitzt, einen erheblichen Rückschritt darstellt, scheuen sie Zeter und Mordio, weil sie die Öffentlichkeit dadurch in den Glauben versetzen wollen, daß bei Annahme dieses Betriebsrätegesetzes die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wachsen würden. In Wirklichkeit wollen sie die auf diese Art entfesselte Stimmung benutzen, um auch den letzten Rest des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zu beseitigen.“

### Die Forderungen der Berliner Gewerkschaftskommission zum Betriebsrätegesetz.

Berlin, 9. Januar. Die Berliner Gewerkschaftskommission nimmt in einer längeren Erklärung scharf gegen die Beschlüsse des Ziebener-Ausschusses der Nationalversammlung über den Betriebsräte-Entwurf Stellung und fordert nunmehr volles Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß, insbesondere auch bei Einstellung, Entlassung, Versetzung und Beförderungen der Arbeitskräfte, die Einsichtnahme in die Lohnbücher sowie in die Bilanz und die dazu gehörigen Unterlagen, uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter und Koalitionsfreiheit auch für die Arbeitervertretungen.

### Der Friedensschluß.

Die Verhandlung über die prinzipiellen Fragen des Zusatzprotokolls ist gelungen und somit das Zustandekommen der Schlußvorklärung endgültig gesichert. Der Friede dürfte spätestens Anfang der nächsten Woche in Kraft treten.

Die Verhandlungen über die technischen Fragen der Durchführung des Friedensvertrages, die Uebergabe der abzutretenden Gebiete, die Organisation in den Abstimmungsgebieten und die juristischen und Verwaltungsfragen in den zu bestehenden Gebieten nehmen ihren Fortgang. Dabei zeigt sich immer wieder die eigenartige Erscheinung, daß Herr von Simson, wie die Beschwerden der Entente-Presse mitteilen, nicht genügend Vollmachten hat. Er muß stets in Berlin Rücksprache halten. Da es sich bei diesen Verhandlungen um Fragen untergeordneter Natur handelt, da ferner Herr von Simson mit genügend Sachverständigen ausgerüstet sein sollte, so wird man in der Tat der deutschen Regierung den Vorwurf einer Verzögerung oder Verschleppung der Verhandlungen nicht ersparen können.

Die letzte Note der Entente zur Frage des Zusatzprotokolls wird keine Antwort durch die Regierung mehr erfahren, da sie durch die uniduellen Verhandlungen als erledigt gelten kann.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die in Berlin begonnen hatten und nunmehr nach Paris verlegt sind, nehmen dort ihren Fortgang.

### Ratifikation erst in der nächsten Woche.

Eine Sondermeldung berichtet: Die Besprechungen der von General Ferrand präsidierten Kommission und Herrn von Simson über die in den von den alliierten Truppen besetzten Gebieten einzuführende Gerichtsbarkeit dauerte am Mittwoch fort. Es hat den Anschein, daß die Verhandlungen noch einige Tage sich hinzuziehen dürften. Deshalb dürfte der Austausch der Ratifikationsurkunden kaum vor Beginn der nächsten Woche stattfinden. Der Oberste Rat hält Donnerstagvormittag keine Sitzung ab.

### Weitere Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks.

Essen, 9. Januar. (Z.-M.) Der Eisenbahnerstreik hat auch im Laufe des gestrigen Tages eine weitere Ausdehnung erfahren, und zwar nicht nur im Direktionsbezirk Elberfeld und Münster, sondern auch im Essener Bezirk ist die Lage bedeutend verschärft. Im Bezirk Münster sind die Eisenbahner auf den Stationen Haltern und Hamm in den Ausstand getreten. Im Bezirk Elberfeld haben sich in verschiedenen Orten, so in Sagen, auch die Beamten dem Streik angeschlossen. Selbst Lebensmittel- und Kohlenzüge verkehren nur noch unregelmäßig. Im Essener Bezirk ruht auf der Strecke Dortmund-Anna-Hagen und Wittenhagen der Zugverkehr. In Dortmund hat die Zahl der Streikenden zugenommen, so daß der Personenverkehr nur noch in beschränkter Maße aufrechterhalten werden kann. Auf dem Bahnhof Mülheim (Ruhr) sind die Eisenbahner gleichfalls dem Streik beigetreten, doch konnte hier der Zugverkehr noch aufrechterhalten bleiben.

Düsseldorf, 8. Januar. Die Arbeiterorganisationen haben weder den Generalstreik noch örtliche Teilstreiks angeordnet. Trotzdem hat der Ausstand der Eisenbahnarbeiter in Düsseldorf und im Bezirk Düsseldorf-Hagen-Gann seit gestern an Umfang zugenommen. Ein Teil der Unterführer hat sich deshalb an die Spitze der Streikleitung gestellt, um den Verlauf des Ausstandes in geordnete Bahnen zu führen. Der Beamtenauschluß des Eisenbahndirektionsbezirks Elberfeld hat angeordnet: Beamte und Hilfsbeamte bleiben im Arbeitseinsatz bis auf weiteres neutral. Die Entscheidung über die von uns gestellten Forderungen stellt sich noch aus. Milch-, Lebensmittel- und Bleisätze fahren vorläufig unter unsrer Kontrolle.

Wegen (Westfalen), 9. Januar. (Z.-M.) Die Eisenbahner haben auch hier die Arbeit eingestellt. In Westacht kommen etwa 2500 Personen. Die Beamtenschaft verhält sich vorläufig dem Streik gegenüber neutral.

### Günstiger Verlauf der Verhandlungen.

Amstich wird aus Berlin gemeldet: Die Verhandlungen über den Lohnstreik mit den Eisenbahnarbeiterorganisationen nehmen auch weiterhin einen guten Verlauf. In den letzten Tagen ist Einverständnis über die Bildung der Lohnrichtgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine Einigung darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen einzelnen Lohnrichtgruppen 20 Pfg. betragen soll.

### Rechtssozialisten gegen die Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Verbandsrat der rechtssozialistischen Eisenbahner Groß-Berlins erklärt im Vorwärts einen Aufruf an alle Eisenbahner, in dem er vor der „gewissenlosen Hebe zum Streik“ warnt, die weiter nichts sei als eine politische Maßnahme. Sie wolle der Einführung des Räte-systems nach kommunistischem Muster auf der Eisenbahn den Weg ebnen.

Es heißt dann: „Es ist unklar, wenn behauptet wird, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen nicht in entgegenkommendem Sinne führe. Ebenso unklar ist, daß das Ministerium seine Vertreter nicht mit genügenden Vollmachten versehen habe. Die Unterbrechung der Beratungen ist nicht auf Winkelzüge des Ministeriums zurückzuführen, sondern darauf, daß die Arbeiterorganisationen die Weisung selbst verlangt haben, ja, der Vertreter der größten Organisation beantragte sogar, die Pause fünf Tage früher einzutreten zu lassen, als es tatsächlich geschehen ist.“

Ein Verleumdungsartikel im letzten Augenblick wäre ein unverantwortliches Verbrechen am Volke. Nach einer nachlässigen Aufforderung, nicht den unter falscher Flagge segelnden Demagogen nachzujohnen, werden die Eisenbahner ersucht, nur auf die Parole ihrer Organisationen zu hören: „Wahret kaltes Blut! haltet die Nerven im Zaum! Sagt den Ausbeutern nicht, die euch mißbrauchen wollen!“

### Die provozierte Hungersnot.

Von Walter Dohme, Berlin.

Die bürgerliche Presse und vor allen Dingen die reaktionären agrarischen Blätter haben in den letzten Tagen laute Wehklage über die drohende Hungersnot erhoben. Solche Klage von agrarischer Seite muß von vornherein lebhaft Bedenken hervorrufen und diese Bedenken müssen verstärkt werden durch die Beobachtung, daß dieses Wehklagen einseitig, nachdem soeben die Preise für die wichtigsten Lebensmittel bedeutend erhöht worden sind, und sie werden völlig klar und lassen die Tendenz dieser Wehklage erkennen, wenn am Schluß all dieser Artikel als einzige Rettung die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert wird.

Deshalb entsteht die Frage, wie es in der Tat um unsere Ernährungswirtschaft bestellt ist. Diese Frage ist eine doppelte, und zwar einmal die nach den vorhandenen Vorräten und zum andern die nach der geordneten Verteilung dieser Vorräte. Die agrarischen Schwarzmalter, an der Spitze der ehemalige Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt, der Erzeuger Edler von Braun, behauptet, daß sich 600 000 Tonnen Brotgetreide bis zur nächsten Ernte festhalten. Das würde, da die Reichsgetreidebestände täglich einen Bedarf von etwa 10 000 Tonnen hat, der Bedarf für zwei Monate sein. Diesen pessimistischen Anschauungen steht der Optimismus des Herrn Reichsernährungsministers Schmidt und seines Unterstaatssekretärs Hirsch gegenüber, die erklären, daß alles in schönster Ordnung sei. In schönster Ordnung sind die Dinge nun gewiß nicht, aber die Schwarzmalerei des Herrn von Braun ist doch zu tendenziös, um in ihrem Zweck nicht erkannt zu werden. Wir haben eine verhältnismäßig günstige Ernte hinter uns, trotzdem wird auch diese Ernte nicht völlig unsern Bedarf decken können, zumal die Regierung sich entschlossen hat, zur Besserung der Brotverhältnisse eine geringere Ausmahlung des Getreides zuzulassen. Wir werden also ein gewisses Defizit am Weltmarkt decken müssen und dafür allerdings sehr hohe Preise — 6—7000 Mk. für die Tonne Mehl, gegenüber einem Inlandspreis von 800 Mk. — bezahlen müssen. Wir werden für diese Bezahlungen unbedingt ausländischer Kredite bedürfen, und in dieser Beziehung sind die Vorwürfe, die der Regierung gemacht werden, durchaus gerechtfertigt. Sie hat versäumt und versäumt noch immer, die Ein- und Ausfuhr planmäßig zu regeln und sie auf den wirklichen Bedarf des Volkes an Lebensmitteln und Rohstoffen einzustellen. Die Folgen der ungeordneten plan- und sinnlosen Wirtschaft machen sich auch allmählich am Lebensmittelmarkt geltend, indem für sinnlose Luxus- und Genusartikel unsummen deutschen Geldes ins Ausland geworfen werden, während wir für die notwendigsten Lebensmittel nicht genügend Kredite aufbringen können. Andererseits bleibt die Tatsache bestehen, daß infolge der mangelnden Ausfuhrkontrollen und der fehlenden Organisation der Ausfuhr viele Tausende von Tonnen an Lebensmitteln um des Valutagewinnes willen ins Ausland verschoben worden sind, die wir teuer wieder zurückkaufen müssen. Diese Geschäftsmanipulationen gewinnlüstiger Agrarier zeigen am besten, wie ernst es ihnen mit ihrem Geschrei um das Wohl des Volkes und die drohende Hungersnot ist. Zu der Verschleppung der Regierung in den Ein- und Ausfuhrfragen und in der Beschaffung auswärtiger Kredite zum Kauf der Lebensmittel am Weltmarkt kommt die schwere Schuld, daß sie versäumt hat, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß durch eine gesunde Agrarpolitik, durch die Umstellung unproduktiven Großgrundbesitzes, durch Neuansiedlung und Innenkolonisation, durch Beschaffung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, durch Umsichtung der Arbeiterkraft von der Stadt aufs Land unter den notwendigen sozialen Vorbedingungen, daß sie durch all diese Versäumnisse eine Erhöhung unfreier Erntetrages verhindert hat. Aber auch an diesem Verfall trägt die Landwirtschaft, vor allem der Großgrundbesitz ein gerütteltes Maß von Schuld. Waren es doch gerade die Großgrundbesitzer, die angesichts der Zwangswirtschaft, die ihnen nicht jeden beliebigen Gewinn gestattete, sich auf eine verminderte Produktion beschränkten und große Anbauflächen brach liegen ließen, wofür nicht immer nur der Mangel an Arbeitskräften, sondern sehr oft Böswilligkeit die Ursache waren. Sind also die Ernährungsverhältnisse in bezug auf die vorhandenen Vorräte auch nicht ohne Ernst, sind wir zwar auch auf die Hilfe des Auslandes — vor allem Amerikas — angewiesen und müssen wir erwarten, daß in der Frage der Beschaffung der fehlenden Lebensmittel am Weltmarkt von allen Beteiligten alle notwendigen Maß-